Landtag
Nordrhein-Westfalen
14. Wahlperiode

Ausschussprotokoll
APr 14/390
19.04.2007

Hauptausschuss

30. Sitzung (öffentlich)

19. April 2007

Düsseldorf - Haus des Landtags

10:15 Uhr bis 12:00 Uhr
12:10 Uhr bis 12:50 Uhr

Vorsitz: Werner Jostmeier (CDU)

Protokollerstellung: Heike Niemeyer

Verhandlungspunkte und Ergebnisse: Seite

1 Gesetz zur Änderung des Landeswahlgesetzes 5

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 14/3978

In Verbindung damit:

Gesetz zur Änderung des Landeswahlgesetzes

Gesetzentwurf
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/719

- abschließende Beratung und Abstimmung über Beschlussempfehlungen an das Plenum zu den zweiten Lesungen

  Der Ausschuss verständigt sich auf eine Anhörung zu beiden Gesetzentwürfen am 16. August. Die Zahl der Sachverständigen soll begrenzt und in einem Obleutegespräch festgelegt werden.

Seite

2 Gesetz zur Änderung des Landesmediengesetzes Nordrhein-Westfalen (LMG NRW) – 12. Rundfunkänderungsgesetz 6

Gesetzentwurf
der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP
Drucksache 14/3447

Ausschussprotokoll 14/384

- Aussprache

  - Ausführliche Diskussion

  Als Konsens hält der Vorsitzende fest, den Punkt in die Tagesordnung für die Sitzung des Ausschusses am 10. Mai wieder aufzunehmen und die Änderungsanträge zwei Tage vor der Sitzung beim Ausschusssekretariat einzureichen, damit sie den jeweils anderen Fraktionen zur Verfügung gestellt werden können.

3 Medienforum 2007 13

- Ausführliche Diskussion

Aus dem Ausschuss erhebt sich kein Widerspruch gegen das vom Vorsitzenden wie folgt zusammengefasste Ergebnis des Obleutegesprächs:

Der Vorsitzende des Hauptausschusses wird zu einer Sitzung auf dem Medienforum einladen, bei der keine Anhörung, sondern ein Experten- und Informationsgespräch stattfinden soll. Die Fraktionen können dafür innerhalb von acht Tagen ihm oder dem Ausschusssekretariat Personen- und Themenwünsche unterbreiten.

Die Punkte III 3 bis 6 des Antrags 14/3986 der Fraktionen von CDU und FDP werden in nicht allzu ferner Zukunft den Gegenstand einer Berichterstattung durch die Landesregierung im Hauptausschuss bilden.

Seite

4 NRW: Standort und Partner für ein vernetztes Europäisches Technologieinstitut 21

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 14/3498

- abschließende Beratung und Abstimmung über ein Votum an den federführenden Ausschuss für Wirtschaft, Mittelstand und Energie

  - Diskussion und Bericht aus dem MIWFT

  Der Ausschuss verzichtet auf die Abgabe eines Votums.

5 Passivraucherschutzgesetz (PSG NRW) 23

Gesetzentwurf
der Fraktion der SPD
Drucksache 14/3673

- Verfahrensabsprache

  Der Ausschuss verständigt sich einvernehmlich darauf, sich an der vom federführenden Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales für den 18. Mai geplanten Anhörung nachrichtlich zu beteiligen und anschließend den Gesetzentwurf im Hauptausschuss noch einmal aufzurufen.

6 Frauen in Kommissionen, Beiräten, Verwaltungsräten und Aufsichtsräten - Landesgleichstellungsgesetz einhalten! 24

Antrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/3847 - Neudruck

- Abgabe eines Votums an den federführenden Ausschuss für Frauenpolitik

  - Diskussion

  Der Ausschuss lehnt den Antrag mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD und Grünen ab.

Seite

7 Verschiedenes 26

a) Hinweise für die Sitzung des Hauptausschusses am 10. Mai 26

b) Tagung der Fachkommission CONST des Ausschusses der Regionen der Europäischen Union am 2. Mai in Münster zu dem Thema „Werte der Europäischen Union - Was hält die Europäische Union zusammen?“ 26

c) Reise des Hauptausschusses in der sitzungsfreien Zeit im November 2007 26

Gegen den Vorschlag des Vorsitzenden, dieses Thema in der Sitzung am 10. Mai noch einmal aufzurufen, erhebt sich kein Widerspruch.

d) Befreiung bestimmter Gruppen von den Rundfunkgebühren 26

e) Parlamentarische Informationsrechte 27

f) Information zum Lotteriestaatsvertrag 28

*****

Aus der Diskussion

1 Gesetz zur Änderung des Landeswahlgesetzes

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 14/3978

In Verbindung damit:

Gesetz zur Änderung des Landeswahlgesetzes

Gesetzentwurf
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/719

- abschließende Beratung und Abstimmung über Beschlussempfehlungen an das Plenum zu den zweiten Lesungen

(Gesetzentwurf der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom Plenum am 30. November 2005 zur federführenden Beratung an den Hauptausschuss überwiesen; Gesetzentwurf der Landesregierung vom Plenum am 28. März an den Hauptausschuss überwiesen)

Vorsitzender Werner Jostmeier weist darauf hin, dass es, wie auf der Tagesordnung vorgesehen, zur abschließenden Beratung und Abstimmung heute nur kommen könne, wenn alle Fraktionen diesem Verfahren zustimmten. Ansonsten müsste eine neue Terminierung erfolgen.

Der seinerzeit durch Vereinbarung in einem Obleutegespräch ruhend gestellte Gesetzentwurf der Grünen lebe nun im Zusammenhang mit den Beratungen über den Gesetzentwurf der Landesregierung wieder auf.

Der **Ausschuss** verständigt sich auf eine Anhörung zu beiden Gesetzentwürfen am 16. August. Die Zahl der Sachverständigen solle begrenzt und in einem Obleutegespräch festgelegt werden.